

**Peter Gauweiler, 59:** „Für einige bin ich jetzt der Bösewicht. Aber das ist auszuhalten.“

# „Warum bekämpfen Sie das neue Europa, Herr Gauweiler?“

**Europäische Union** | Peter Gauweiler klagt gegen den Lissabon-Vertrag, eines der wichtigsten Projekte der EU-Geschichte. Der CSU-Politiker über die grenzenlose Macht der EU und den Wert der Deutschland AG

**€uro:** Herr Gauweiler, unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel sagt, der EU-Reformvertrag von Lissabon sei gut für uns Deutsche. Aber Sie bekämpfen ihn beim Bundesverfassungsgericht. Sind Sie also schlecht für Deutschland?

**Peter Gauweiler:** Nein. Schlecht ist der Lissabon-Vertrag!

**€uro:** Was stört Sie denn daran?

**Gauweiler:** Die uferlosen Kompetenzverschiebungen zum Beispiel. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die EU endgültig für die deutsche Industriepolitik, die Technologie- und Forschungspolitik, die Umwelt-, Energie- und Klimapolitik, die Grundversorgung mit öffentlichen Gütern, den Verbraucherschutz, die Gesundheitspolitik, die Regionalpolitik, die Bildungs- und Jugendpolitik, die Asyl- und Einwanderungspolitik, das Strafrecht, das Zivilprozessrecht, die Terrorismusbekämpfung und die innere Sicherheit zuständig.

**€uro:** Und was soll daran schlecht sein?

**Gauweiler:** Letztlich höhlt die Beseitigung unserer souveränen Staatlichkeit die Demokratie unseres Grundgesetzes aus, gefährdet und beschädigt Bürgerrechte und zentralisiert die politische Macht in undurchsichtigen EU-Gremien – vor allem in der EU-Kommission und in Europäischen Räten, die auch für das EU-Recht und die Regierung zuständig sind.

**€uro:** Können Sie Ihre Vorwürfe beweisen?

**Gauweiler:** Im unserem Grundgesetz heißt es: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Der Lissabon-Vertrag verletzt dieses Prinzip. Die Belege dafür, die von den renommiertesten Staatsrechtlern bestätigt werden, habe ich dem Bundesverfassungsgericht im Februar 2009 vorgelegt. Sogar Altbundespräsident Roman

Herzog, der auch Präsident des Bundesverfassungsgerichts war, stellt die Bundesrepublik als parlamentarische Demokratie infrage.

**€uro:** Was regt Sie konkret so auf?

**Gauweiler:** Die Leichtigkeit, mit der dieser Abschied vom Grundgesetz geschieht! So hat sich doch wohl niemand das Ende der parlamentarischen Demokratie in Deutschland vorgestellt. Nur für jene, die – koste es, was es wolle – unter einer Brüsseler Alleinherrschaft leben wollen, bin ich wegen meiner Klage ein Bösewicht. Aber das ist auszuhalten.

**€uro:** Der Lissabon-Vertrag räumt den Länderparlamenten aber neue Klagerechte ein, um nationale Interessen durchzusetzen.

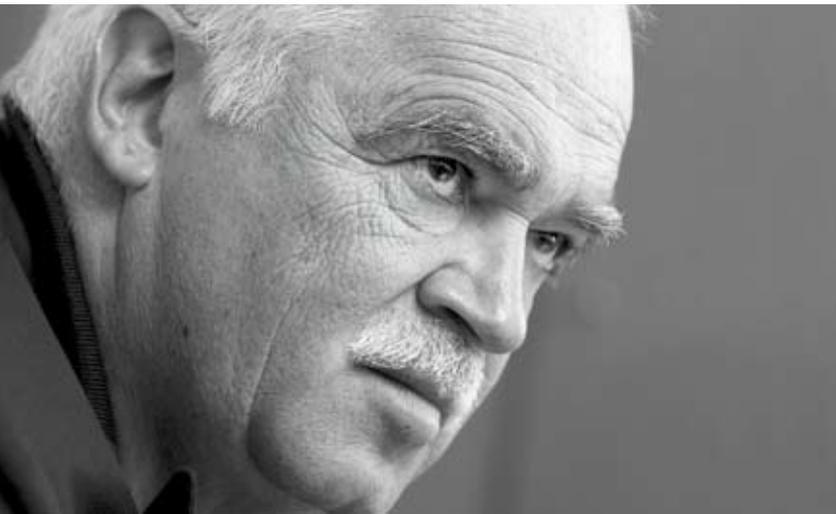
**Gauweiler:** Klagen gegen Entscheidungen der EU landen letztlich beim Europäischen Gerichtshof, dem EuGH. Dessen Rechtsprechung wird dem Bundesverfassungsgericht in Zukunft auch insoweit übergeordnet, als dass dort auch über rein innerstaatliche Verfassungsfragen entschieden werden wird. Das ist auch deshalb alarmierend, weil der EuGH – im Gegensatz zum Bundesverfassungsgericht – die Ansicht vertritt, die Menschenwürde sei nicht absolut unantastbar, sondern müsse mit anderen Gütern oder Werten abgewogen werden.

**€uro:** Welche Auswirkungen hätte der Lissabon-Vertrag auf Politik und Wirtschaft?

**Gauweiler:** Weniger Rechtssicherheit. Der Vertrag hat den bisherigen Grundwerten vieldeutige Werte wie Gerechtigkeit und Solidarität hinzugefügt. Solche Begriffe zieren jedes Parteiprogramm. Als Grundwerte des EU-Vertrags bieten sie dem Gerichtshof jedoch die Möglichkeit, sich in die Innen- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten einzu- →



„Der Europäische Gerichtshof begünstigt den angelsächsischen Managerkapitalismus.“ Peter Gauweiler im Gespräch mit €uro-Redakteur Mario Müller-Dofel



Die von der EU geförderte Ausrichtung der Firmen auf den Shareholder Value hat deutschen Unternehmen nichts gebracht.“

→ mischen und Entscheidungen zu treffen, für die eigentlich die nationalen Parlamente zuständig sind. Auch in Deutschland haben ab sofort die Richter des EuGH das Wort.

**€uro:** Bei diesem Kürzel scheint Ihnen ja wirklich die Galle hochzukommen ...

**Gauweiler:** Der EuGH verschiebt Grundsätze unserer Wirtschaftsverfassung in Richtung eines angelsächsischen Managerkapitalismus. Das finde ich inakzeptabel.

**€uro:** Und wie beweisen Sie das?

**Gauweiler:** Berühmt sind hier die Fälle Laval und Viking Line. Bei Viking Line ermöglichte der EuGH Billiglohndumping bei einer Fährlinie. Bei Laval gestattete er die offene Verletzung staatlicher Arbeits- und Ruhezeiten in Schweden. Es gab auch andere Fälle, in denen der EuGH sogar Lohndumping durch die öffentlichen Hände gefordert hat.

**€uro:** Auch hierzulande?

**Gauweiler:** Ja. Mehrere Bundesländer – Bayern genauso wie Berlin – und Gemeinden haben im Kampf gegen Lohndumping ihre öffentliche Auftragsvergabe bislang an die Einhaltung von Tarifverträgen gekoppelt. Dies hat der EuGH im April 2008 untersagt – obwohl das Bundesverfassungsgericht zuvor das Gebot der Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen im Sinne der Gemeinwohlziele des Grundgesetzes ausdrücklich bejaht hat.

**€uro:** Firmen und Aktionäre finden geringere Lohnkosten immer gut. Drängen deutsche Industrieverbände deshalb darauf, dass der Lissabon-Vertrag schnell umgesetzt wird?

**Gauweiler:** Die von der EU geförderte Ausrichtung der Unternehmen auf den Shareholder Value, auf Heimatlosigkeit in einem globalen Markt und auf immer undurchsichtigere Bilanzierungsregeln hat den deutschen Firmen nichts gebracht. Der Wert der Deutschland AG hatte ja auch mit der Rechtskultur zu tun, die wir unter dem Dach des Grundgesetzes in den vergangenen 60 Jahren aufgebaut haben. Und was mit dem Abschied von dieser Rechtskultur schon in den letzten zehn Jahren – von Brüssel, Berlin und Frankfurt aus – angestellt wurde, erfahren wir derzeit nicht nur im fahrlässig ruinierten Bankensektor leidvoll.

**€uro:** Wenn der Lissabon-Vertrag so schlecht für die Deutschen ist, wie Sie ihn darstellen: Warum klagen dann nur Sie und ein paar andere dagegen?

**Gauweiler:** Inzwischen sehen immer mehr Beobachter – nicht nur Staatsrechtler – die Probleme genauso. Und immer öfter wird die Frage gestellt, wer von seinen pathetischen Befürwortern den Vertrag mit seinen 450 Seiten und den vielen Querverweisen überhaupt gelesen hat.

**€uro:** Aber warum stimmt ihm der Bundestag zu, wenn er sich dadurch entmachtet?

**Gauweiler:** Ich will hier nicht nach Motiven forschen! Hätte der Bundestag dem Vertrag mit den gleichen Einschränkungen zugestimmt, wie es das britische Unterhaus getan hat – mit einem Klagekatalog von Ausstiegsrechten und Nichtanwendungen in bestimm-

ten Fällen –, wäre meiner Klage in weiten Teilen die Grundlage entzogen.

**€uro:** Betrügt uns unser Parlament?

**Gauweiler:** Nein, schon weil Betrug Täuschung voraussetzt und jeder Bürger sich informieren und wehren kann. Als ich im Februar als Kläger in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht stand, dachte ich, was für ein großartiges Land die Bundesrepublik Deutschland ist, die jedem Einzelnen die Möglichkeit gibt, vor dem höchsten Gericht ein vermeintlich allmächtiges System offen herauszufordern.

**€uro:** Damit dürften Sie sich im Bundestag aber nicht viele Freunde machen.

**Gauweiler:** Die CSU-Landesgruppe begrüßt meine Klage ausdrücklich. Und ich mache die Dinge so, wie ich sie für richtig halte. Wer mich dafür abwählen will, kann das tun.

**€uro:** Leisten Sie sich die Klage wirklich nur aus Gesinnungs- oder auch aus PR-Gründen, wie es einige Leute behaupten?

**Gauweiler:** Ein zur Wahl stehender Politiker wirbt immer auch für sich und seine Sache, wenn er sagt, was er denkt, und tut, was er sagt. Da bin ich doch keine Ausnahme.

**€uro:** Sie sind aber nicht nur Politiker, sondern auch selbstständiger Rechtsanwalt.

**Gauweiler:** Na klar. Es wäre unnatürlich, wenn ich die forensischen Möglichkeiten und Erfahrungen meines Berufs ungenutzt ließe.

**€uro:** Wie finanzieren Sie die Klage?

**Gauweiler:** Selbstverständlich privat. Meine Diäten sind so sehr gut angelegt.

**€uro:** Das Bundesverfassungsgericht wird sein Urteil voraussichtlich Ende Juni bekannt geben. Was erwarten Sie da?

**Gauweiler:** Dass das Gericht die vielen objektiven und guten Gründe gegen den Lissabon-Vertrag würdigt und das Zustimmungsgesetz so nicht in Kraft treten lässt.

**€uro:** Anfang Mai hat auch der tschechische Senat dem Vertrag zugestimmt. Jetzt fehlen noch Polen, Irland und Deutschland. Wären Sie stolz auf sich, wenn dieses epochale Projekt an Deutschland scheitern würde?

**Gauweiler:** Ich wäre stolz, wenn ich dazu beigetragen hätte, dass dieses bürokratische Monstrum nicht geltendes Recht wird.

**€uro:** Vielen Dank für das Gespräch.

Das vollständige Interview lesen Sie im Internet unter [www.euro-magazin.de](http://www.euro-magazin.de). Dort spricht Peter Gauweiler auch über seine Forderung nach Volksabstimmungen und osteuropäische Billiglöhner beim Bau der Münchner Allianz Arena

**Peter Gauweiler**, geboren am 22. Juni 1949 in München, studierte in seiner Geburtsstadt Rechtswissenschaften, promovierte 1978 und ist neben seinen politischen Aktivitäten als selbstständiger Advokat tätig. Bereits 1968 trat er in die CSU ein, wurde 1972 zum jüngsten Münchner Stadtrat gewählt – und begann eine bayerische Politikkarriere. So war er 1986 bis 1990 Staatssekretär im Bayerischen Innenministerium und danach bis 1994 Minister für Landesentwicklung und Umweltfragen. 2002 wurde der Jurist in den Bundestag gewählt. Dort ist der 59-Jährige derzeit Vorsitzender des Unterausschusses Auswärtige Kultur und Bildungspolitik. Gauweiler ist verheiratet, hat vier Kinder und lebt nach wie vor in München.

CHANCEN UND  
RISIKEN CLEVER  
AUSBALANCIEREN.



## Julius Bär Absolute Return Bond Fund

Julius Bär Asset Management  
Telefon +49 (0) 69 90743 530  
[funds@juliusbaer.com](mailto:funds@juliusbaer.com)  
[www.juliusbaer.com/fonds](http://www.juliusbaer.com/fonds)

**Julius Bär**  
COMMITTED TO EXCELLENCE